



Budgets der Kantone

Dürre ohne Aussicht auf Regen

Die Trockenperiode nimmt einfach kein Ende. Wie jeden Herbst haben die Finanzdirektorinnen und -direktoren der Kantone in den vergangenen Wochen ihre Budgets für das nächste Jahr präsentiert. An den ungefähren Inhalt hat man sich mittlerweile gewöhnt: rote Zahlen in den meisten Ständen, gepaart mit unterschiedlich drastischen Entlastungsmassnahmen. Es ist dies nun bereits das fünfte Mal in Folge, dass die Voranschläge von Tristesse gezeichnet sind, seit 2011 eine lange Zeit erklecklicher Überschüsse ausklang.

Die Mühsal immer tiefgreifenderer Sparpakete ist umso schwerer zu ertragen, als wenig Aussicht auf ein baldiges Ende besteht. Vor Jahresfrist herrschte noch eine gewisse Zuversicht, dass entspanntere Zeiten nicht mehr fern seien. Doch dann kam im Januar 2015 die Aufhebung des Euro-Mindestkurses. Seither sind die Schweizer Konjunkturaussichten deutlich trüber geworden, und damit auch die Haushaltsaussichten der Kantone. Neben dieser jüngsten Verdüsterung beunruhigt an der finanzpolitischen Situation der Kantone eine ganze Reihe von Aspekten.

Erstens ist der föderale Sprengstoff offensichtlich. Der grösste Pro-Kopf-Zahler im nationalen Finanzausgleich, Zug, budgetiert mit über 12 Prozent des Aufwands den weitaus gewichtigsten Fehlbetrag. Unschön sieht es auch bei den beiden anderen Innerschweizer Geberkantonen aus, bei Schwyz und Nidwalden. Die zwei absolut bedeutendsten Nehmerkantone dagegen, Bern und das Wallis, sind unter den drei Kantonen mit den höchsten Überschüssen. Gewiss hat gerade das vielgescholtene Bern einiges geleistet: Wie kaum ein anderer Kanton hat es ein Sparpaket nach dem anderen durchgepaukt. Die Konstellation wird aber gleichwohl dafür sorgen, dass die Kontroverse um den Finanzausgleich nicht so schnell zu Ende gehen wird. Brenzlich erscheint zudem, dass gerade auch Nehmerkantone wie Luzern oder Obwalden, die sich in den letzten Jahren zu verbessern versuchten, mit Problemen kämpfen.

Zweitens fällt die beträchtliche Unsicherheit auf, mit der die Kantone haushalten müssen. Voraussichtlich in der Dezembersession wird sich das Bundesparlament der Unternehmenssteuerreform III annehmen. Je nach Gelingen dieser komplexen Reform haben die Kantone mehr oder minder starke Einbussen bei den Firmensteuern zu gewärtigen. Völlig unwägbare ist auch, ob die Kantone künftig mit Gewinnausschüttungen der Nationalbank rechnen dürfen. Manche Kantone nehmen solche immer noch in ihre Budgets auf, andere vorsichtigerweise nicht.

Drittens lasten namentlich die steigenden Gesundheits- und Pflegekosten schwer. Aller Voraussicht nach werden sie noch lange überproportional wachsen und auch dann auf den Kantonen drücken, wenn die konjunkturelle Delle und die anderen Unsicherheiten überwunden sein werden. Lösungen können die Kantone nicht alleine herbeiführen. Sie tragen zwar einen grossen Teil der finanziellen Konsequenzen, doch entscheidende Weichen in der Gesundheits- und Sozialpolitik werden im Bundeshaus gestellt.

Die kurzfristigen Entlastungspakete der Kantone sind wichtig. Langfristig müssen die Kantone aber die Entwicklung der Gesundheitskosten in den Griff bekommen. Sonst werden ihre Haushalte unwiederbringlich zur Wüste verkommen.